

# AMTSBLATT

für den

## LANDKREIS HILDESHEIM



---

2026

Herausgegeben in Hildesheim am 18. März 2026

Nr. 11

---

Inhalt	Seite
29.01.2026 - I. Nachtragshaushaltssatzung des Zweckverbandes Förderzentrum im Bockfeld und Verkündung der I. Nachtragshaushaltssatzung 2025	222
03.03.2026 - Zweckverband Förderzentrum im Bockfeld Vermerk gemäß § 33 Eigenbetriebsverordnung für den Zweckverband Förderzentrum im Bockfeld Hildesheim	224
13.03.2026 - Bekanntmachung Planfeststellungsverfahren für die Erneuerung der Wassertransportleitung Söse-Nord I, Abschnitt Sehlem - Segeste gemäß des § 65 Abs. 1 in Verbindung mit § 7 Abs. 2 des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (UVPG) sowie § 75 Abs. 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG)	226
13.03.2026 - Öffentliche Zustellung des Landkreises Hildesheim an Herrn Abdul Hadi Altallaa, zuletzt ansässig: Heinrich-Rinne-Str. 37, 31061 Alfeld (Leine)	227
13.03.2026 - Öffentliche Zustellung des Landkreises Hildesheim an Herrn Shamraiz Akhtar, zuletzt ansässig: Heinrich-Rinne-Str. 37, 31061 Alfeld (Leine)	228
13.03.2026 - Öffentliche Zustellung des Landkreises Hildesheim an Herrn Christaller Sahani Chuwa, zuletzt ansässig: Kallenberg 20, 31195 Lamspringe	229
16.03.2026 - Öffentliche Zustellung des Landkreises Hildesheim an Herrn Jakob Matuesz Konstanczak, zuletzt ansässig: Hinrichsring 15 B, 30177 Hannover	230
17.03.2026 - Öffentliche Zustellung des Landkreises Hildesheim an Herrn Hasan Hasan, zuletzt ansässig: Lichtenhagen 5, 31029 Gronau (Leine)	231
18.03.2026 - Förderrichtlinie im Rahmen des kommunalen Initiativförderprogramms „Aktivierung des Wohnraumleerstandes zur Schaffung von preiswertem Wohnraum“ in Hildesheim; Stadt Hildesheim	232

---

Impressum

Herausgeber: Landkreis Hildesheim, Dezernat 1, Marie-Wagenknecht-Straße 3, 31134 Hildesheim

E-Mail: [amtsblatt@landkreishildesheim.de](mailto:amtsblatt@landkreishildesheim.de)

Ansprechpartner\*in: Frau Beer, 103 - Hauptamt, Tel. (0 51 21) 309-1471, E-Mail: [amtsblatt@landkreishildesheim.de](mailto:amtsblatt@landkreishildesheim.de)

# I. Nachtragshaushaltssatzung

des Zweckverbandes Förderzentrum im Bockfeld

Aufgrund der Verbandsordnung des Zweckverbandes vom 22.11.1973 in der Fassung vom 06.10.2011 hat die Verbandsversammlung in der Sitzung am 29.01.2026 folgende

I. Nachtragshaushaltssatzung 2025 beschlossen:

## § 1

Mit dem Nachtragsplan werden

	erhöht	vermindert	und damit d. Gesamtbetrag des Wirtschaftsplanes einschließlich der Nachträge gegenüber bisher	
	€	€	€	€
der Wirtschaftsplan der Einrichtung im Erfolgsplan in den Erträgen	0,00	0,00	15.427.800,00	15.427.800,00
in den Aufwendungen	0,00	0,00	15.427.800,00	15.427.800,00
im Vermögensplan in den Einnahmen	500.000,00	0,00	2.965.500,00	3.465.500,00
in den Ausgaben	500.000,00	0,00	2.965.500,00	3.465.500,00

## § 2

Im Wirtschaftsplan der Einrichtung werden Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nicht veranschlagt.

## § 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

Im Finanzplan der Einrichtung werden Verpflichtungsermächtigungen nicht veranschlagt.

## § 4

Kassenkredite werden nicht veranschlagt.

Hildesheim, den 29.01.2026

Stellvertretende Vorsitzende  
der Verbandsversammlung

  
Schlegel



Der Verbandsgeschäftsführer

  
Kolberg

## **Verkündigung der I. Nachtragshaushaltssatzung 2025**

Die vorstehende I. Nachtragshaushaltssatzung des Zweckverbandes Förderzentrum im Bockfeld für das Wirtschaftsjahr 2025 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist nicht erforderlich.

Die I. Nachtragshaushaltssatzung 2025 liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG

vom 19.03.2026 bis 27.03.2026

zur Einsichtnahme während der Dienststunden im

**Zweckverband Förderzentrum im Bockfeld  
Im Bockfelde 84  
31137 Hildesheim**

öffentlich aus.

Hildesheim, den 03.03.2026



Zweckverband

Förderzentrum im Bockfeld  
Der Verbandsgeschäftsführer

## **Zweckverband Förderzentrum im Bockfeld**

### **Vermerk gemäß § 33 Eigenbetriebsverordnung für den Zweckverband Förderzentrum im Bockfeld Hildesheim**

Der Bestätigungsvermerk der mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023, des Lageberichtes sowie der Buchführung für das Geschäftsjahr 2023 beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Hesse & Partner mbH, Hildesheim, schließt mit der Feststellung:

Wir haben den Jahresabschluss der Zweckverband Förderzentrum im Bockfeld K.d.ö.R., Hildesheim, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Zweckverband Förderzentrum im Bockfeld K.d.ö.R. für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Körperschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Körperschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Rechtsvorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat."

Das Rechnungsprüfungsamt hat den Bericht ausgewertet und hat keine abweichenden Feststellungen getroffen.

### **Beschluss der Verbandsversammlung**

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Förderzentrum im Bockfeld hat in ihrer Sitzung am 29.01.2026 folgendem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt:

Die **Verbandsversammlung beschließt den Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2023 und erteilt dem Verbandsgeschäftsführer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 5 der Verbandsordnung i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG die Entlastung.**

**Der ausgewiesene Gewinn soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.**

### **Öffentliche Auslegung**

**Der Jahresabschluss 2023 liegt im Anschluss an diese Bekanntmachung an sieben Tagen in der Zeit vom 19.03.2026 bis 27.03.2026 während der Dienstzeit zur Einsichtnahme in der Verwaltung des Zweckverbandes Förderzentrum im Bockfeld in Hildesheim, Im Bockfelde 84, 31137 Hildesheim, während der Dienststunden zur Einsichtnahme öffentlich aus.**

Hildesheim den 03.03.2026

  
B. Kolberg  
Verbandsgeschäftsführer

## **Bekanntmachung**

**Planfeststellungsverfahren für die Erneuerung der Wassertransportleitung Söse-Nord I, Abschnitt Sehem - Segeste gemäß des § 65 Abs. 1 in Verbindung mit § 7 Abs. 2 des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (UVPG) sowie § 75 Abs. 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG)**

**Antragstellerin: Harzwasserwerke GmbH, Bördestraße 23, 31135 Hildesheim.**

Es ergeht folgender Planfeststellungsbeschluss:

### **Feststellung des Planes mit Wirkung vom 16.03.2026**

Aufgrund des Antrages vom 07.07.2025 wird gemäß des § 65 Abs. 1 in Verbindung mit § 7 Abs. 2 des UVPG sowie § 75 Abs. 1 des VwVfG der Plan für die Erneuerung der Wassertransportleitung Söse-Nord I, Abschnitt Sehem - Segeste mit Wirkung vom 16.03.2026 festgestellt.

### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Hannover, Leonhardtstraße 15, 30175 Hannover, einzulegen. Die Klage ist gegen den Landkreis Hildesheim zu richten.

Eine Ausfertigung des Planfeststellungsbeschlusses einschließlich der Auflagen, Bedingungen und Hinweise und Antragsunterlagen liegt in der Zeit vom 23.03.2026 bis 09.04.2026 beim Landkreis Hildesheim, Marie- Wagenknecht-Straße 3, 31134 Hildesheim, Zimmer 410, der Gemeinde Sibbesse, Lindenhof 1, 31079 Sibbesse und der Gemeinde Lamspringe, Kloster 3, 31195 Lamspringe, während der Dienststunden öffentlich zur Einsichtnahme aus.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Beschluss den Betroffenen und denjenigen gegenüber, die Einwendungen haben, als zugestellt.

Nach dieser öffentlichen Bekanntmachung kann die Genehmigung bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist von den Betroffenen und von denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich angefordert werden.

Landkreis Hildesheim  
Der Landrat  
Im Auftrag

Hemp

913 - Amt für Migration, Integration und Demographie

Team Asylbewerberleistung

AZ: 269438-Rels

## Öffentliche Zustellung

Gemäß § 41 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in Verbindung mit § 10 Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG) wird hiermit öffentlich bekannt gemacht, dass der Einstellungsbescheid nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) des Landkreises Hildesheim, Amt für Migration und Integration, Team Asylbewerberleistungen, Marie-Wagenknecht-Straße 3, 31134 Hildesheim vom 09.03.2026, Aktenzeichen: 323524-Rels gerichtet an:

**Herr Abdul Hadi ALTALLAA**

zuletzt ansässig: Heinrich-Rinne-Str. 37, 31061 Alfeld (Leine)

während der Sprechzeiten bei dem Landkreis Hildesheim, Team Asylbewerberleistungen, eingesehen bzw. abgeholt werden kann.

Die Zustellung war nach den oben benannten Vorschriften durchzuführen, weil der Aufenthaltsort des Empfängers unbekannt ist.

Hildesheim, den 13.03.2026

Im Auftrag



Reimers

913 - Amt für Migration, Integration und Demographie

Team Asylbewerberleistung

AZ: 56091-Rels

## Öffentliche Zustellung

Gemäß § 41 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in Verbindung mit § 10 Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG) wird hiermit öffentlich bekannt gemacht, dass der Einstellungsbescheid nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) des Landkreises Hildesheim, Amt für Migration und Integration, Team Asylbewerberleistungen, Marie-Wagenknecht-Straße 3, 31134 Hildesheim vom 13.03.2026, Aktenzeichen: 56091-Rels gerichtet an:

**Herrn Shamraiz AKHTAR**

zuletzt ansässig: Heinrich-Rinne-Str. 37 in 31061 Alfeld (Leine)

während der Sprechzeiten bei dem Landkreis Hildesheim, Team Asylbewerberleistungen, eingesehen bzw. abgeholt werden kann.

Die Zustellung war nach den oben benannten Vorschriften durchzuführen, weil der Aufenthaltsort des Empfängers unbekannt ist.

Hildesheim, den 13.03.2026

Im Auftrag



Reimers

913 - Amt für Migration, Integration und Demographie

Team Asylbewerberleistung

AZ: 357674-WernE

## Öffentliche Zustellung

Gemäß § 41 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in Verbindung mit § 10 Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG) wird hiermit öffentlich bekannt gemacht, dass der Einstellungsbescheid nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) des Landkreises Hildesheim, Amt für Migration und Integration, Team Asylbewerberleistungen, Marie-Wagenknecht-Straße 3, 31134 Hildesheim vom 13.03.2026, Aktenzeichen: 357674-WernE gerichtet an:

**Herrn Christaller Sahani CHUWA**

zuletzt ansässig: Kallenberg 20, 31195 Lamspringe

während der Sprechzeiten bei dem Landkreis Hildesheim, Team Asylbewerberleistungen, eingesehen bzw. abgeholt werden kann.

Die Zustellung war nach den oben benannten Vorschriften durchzuführen, weil der Aufenthaltsort des Empfängers unbekannt ist.

Hildesheim, den 13.03.2026

Im Auftrag

Werner  
Werner

Ordnungsamt  
- Gewerbe -  
Az.: (204) 32-50-21-2025/45

## Öffentliche Zustellung

Gemäß § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes (VwZG) wird hiermit öffentlich bekannt gemacht, dass die Gewerbeuntersagung nach § 35 Abs. 1 Gewerbeordnung (GewO) und der dazugehörige Kostenbescheid des Landkreises Hildesheim, Amt 204 Ordnungsamt – Gewerbe –, Marie-Wagenknecht-Str. 3, 31134 Hildesheim vom 16.03.2026, Aktenzeichen: (204) 32-50-21-2025/45, gerichtet an

Herrn Jakub Matuesz Konstanczak

zuletzt wohnhaft gewesen:

30177 Hannover, Hinrichsring 15 B;

während der allgemeinen Sprechzeiten beim Landkreis Hildesheim, Ordnungsamt, Zimmer 305, Marie-Wagenknecht-Str. 3, 31134 Hildesheim eingesehen bzw. abgeholt werden können.

Die Schreiben gelten als zugestellt, wenn seit dem Tag der Veröffentlichung zwei Wochen verstrichen sind.

Die öffentliche Zustellung war gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 1 VwZG durchzuführen, da der Aufenthaltsort unbekannt ist bzw. eine Zustellung an ihn oder einen Vertreter oder Zustellbevollmächtigten nicht möglich ist.

Hildesheim, den 16.03.2026

*M. Korn*

Korn

913 - Amt für Migration, Integration und Demographie

Team Asylbewerberleistung

AZ: 287842-WernE

## Öffentliche Zustellung

Gemäß § 41 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in Verbindung mit § 10 Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG) wird hiermit öffentlich bekannt gemacht, dass der Einstellungsbescheid nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) des Landkreises Hildesheim, Amt für Migration und Integration, Team Asylbewerberleistungen, Marie-Wagenknecht-Straße 3, 31134 Hildesheim vom 17.03.2026, Aktenzeichen: 287842-WernE gerichtet an:

**Herrn Hasan HASAN**

zuletzt ansässig: Lichtenhagen 5, 31029 Gronau (Leine)

während der Sprechzeiten bei dem Landkreis Hildesheim, Team Asylbewerberleistungen, eingesehen bzw. abgeholt werden kann.

Die Zustellung war nach den oben benannten Vorschriften durchzuführen, weil der Aufenthaltsort des Empfängers unbekannt ist.

Hildesheim, den 17.03.2026

Im Auftrag

Werner

Werner



**Stadt Hildesheim**

Förderrichtlinie im Rahmen des kommunalen Initiativförderprogramms  
„Aktivierung des Wohnraumleerstandes zur Schaffung von  
preiswertem Wohnraum“ in Hildesheim

Einzelrichtlinie vom 06. Dezember 2022

Geändert am 17.11.2025

## **1. Ziel der Förderung**

Das Kommunale Initiativförderprogramm Aktivierung Wohnraumleerstand wurde im März 2021 vom Rat beschlossen. Es soll dazu beitragen, die im Hildesheimer Wohnraumversorgungskonzept verankerten Ziele und Bedarfe nach angemessenem und preiswertem Wohnraum zu realisieren und konzentriert sich auf die Hildesheimer Innenstadt.

Ein primäres Ziel des kommunalen Initiativförderprogramms ist die Aktivierung von Wohnraum in der Hildesheimer Innenstadt, der seit längerer Zeit nicht zu Wohnzwecken genutzt wird. Das Initiativförderprogramm soll Anreize zur Wiedervermietung von leerstehenden und ggf. sanierungs- bzw. modernisierungsbedürftigen Wohnungen bieten und Eigentümer motivieren, diese Wohnungen wieder zu vermieten. Zudem wird das untergeordnete Ziel verfolgt, Wohnraum durch die Nutzungsänderung von leerstehenden Ladenflächen in Wohnungen zu schaffen. Somit soll ein größeres Wohnungsangebot, eine stärkere Nutzungsmischung, ein Abbau von Leerstand und eine Belebung der Innenstadt erreicht werden.

Ein weiteres primäres Ziel ist die Schaffung preisgünstiger Wohnungen und die Verbesserung der Wohnraumversorgung mit bezahlbarem Wohnraum. Dazu soll das Wohnungsangebot erhöht werden, welches sich besonders zur Versorgung einkommensschwächerer Bevölkerungsgruppen eignet. Durch festgelegte Mietobergrenzen bleiben die Mieten erschwinglich. Die Wohnungen werden an Haushalte mit Wohnberechtigungsschein vermietet. Auf Wunsch der Eigentümer übernimmt die Stadt Hildesheim die Vermietung ihrer Wohnung und garantiert die Mietzahlungen. Dies geschieht, in dem sie die preisgünstige Wohnung selbst anmietet und an geeignete Nutzer untervermietet.

## **2. Definition von Leerstand**

Vor Förderbeginn muss ein Leerstand bestanden haben. Für Modul 1 (Wiedervermietungsprämie) muss dieser Leerstand mindestens sechs Monate betragen haben.

Für das Modul 2 (Zuschuss für Sanierung und Nutzungsänderung) gilt eine Mindestleerstandsdauer vor Antragsstellung von drei Monaten,

Für das Modul 3 (Zuschuss für Ankauf einer Mietpreis- und Belegungsbindung) gilt keine Mindestleerstandsdauer.

Dieser Zeitraum kann frühestens an dem Tag des erstmaligen Inkrafttretens dieser Richtlinie beginnen. Ein Leerstand liegt vor, wenn die Wohnung nicht bewohnt und nicht vermietet ist - also tatsächlich keine Wohnnutzung und kein Mietvertrag besteht. Als Wohnung gilt umbauter Raum, der tatsächlich und rechtlich zur dauernden Wohnnutzung geeignet und vom Eigentümer dazu bestimmt ist.

## **3. Räumlicher Geltungsbereich**

- (1) Der Geltungsbereich umfasst die Stadtteile Stadtmitte/Neustadt sowie Nordstadt und Oststadt/Stadtfeld und ist in der Anlage zu dieser Richtlinie dargestellt. Mittels Einzelfallprüfung können ausnahmsweise auch Objekte außerhalb des Geltungsbereiches aufgenommen werden. Die Einzelfallprüfung obliegt der Stadt.

- (2) Die Förderung einer Nutzungsänderung von gewerblich genutzten Räumen in eine Wohnung ist in Erdgeschosszonen der Fußgängerzonen ausgeschlossen. Die Fußgängerzonen umfassen die Almsstraße, Bernwardstraße, Hoher Weg, Scheelenstraße, Kurzer Hagen, Rathausstraße oder Judenstraße.

#### **4. Modularer Aufbau des kommunalen Initiativförderprogramms und Einsatz einer Modernisierungsberatung**

- (1) Das Initiativförderprogramm ist modular aufgebaut und besteht aus den folgenden 3 Bausteinen:
- Wiedervermietungsprämie
  - Zuschuss für Sanierung und Nutzungsänderung
  - Zuschuss für Ankauf einer Mietpreis- und Belegungsbindung
- (2) Die Wiedervermietungsprämie oder der Zuschuss für Sanierung und Nutzungsänderung kann ebenfalls zusammen mit einem Zuschuss für den Ankauf einer Mietpreis- und Belegungsbindung beantragt werden. Die Kombination von Wiedervermietungsprämie und dem Zuschuss für Sanierung und Nutzungsänderung ist ausgeschlossen.
- (3) Die Stadt Hildesheim setzt innerhalb der Laufzeit des Initiativförderprogramms eine Modernisierungsberatung ein. Diese fungiert als zentrale Schnittstelle zwischen den Antragsberechtigten des Moduls 2 (Zuschuss für Sanierung und Nutzungsänderung) und der Stadt Hildesheim. Antragsberechtigte, die sanieren bzw. einen Zuschuss für Sanierung und Nutzungsänderung beantragen möchten, müssen eine kostenfreie Modernisierungsberatung in Anspruch nehmen, die eine ganzheitliche Beratung zur Modernisierung der leerstehenden Immobilie bzw. Wohnung beinhaltet. Dabei ermittelt die Modernisierungsberatung bautechnische Erfordernisse, klärt bei Bedarf über weitere Fördermöglichkeiten auf und unterstützt die Eigentümer bei der Antragstellung.

#### **5. Modul-Bausteine der Förderung**

##### **5.1 Wiedervermietungsprämie**

###### **5.1.1 Förderzweck - was wird gefördert?**

- (1) Die Stadt gewährt eine Wiedervermietungsprämie bei erfolgreicher Wiedervermietung nach langem Leerstand gemäß Ziffer 2 dieser Richtlinie. Sie dient dazu, den leerstehenden Wohnraum wieder dem Wohnungsmarkt zuzuführen.

###### **5.1.2 Fördervoraussetzungen – was ist zu beachten?**

- (1) Die Wohnung wird wieder vermietet, nachdem diese gemäß Ziffer 2 lange leer stand und sich in einem gut vermietbaren Zustand befindet. Dieser Zeitraum kann frühestens mit Inkrafttreten der Richtlinie beginnen.
- (2) Die Wiedervermietung erfolgt durch ein unbefristetes Mietverhältnis.

###### **5.1.3 Art und Höhe der Förderung**

- (1) Die Prämie umfasst eine einmalige Zuwendung in Höhe von 1.000 Euro je wiedervermieteter Wohnung für die Eigentümer.

## 5.2 Zuschuss für Sanierung und Nutzungsänderung

### 5.2.1 Förderzweck – was wird gefördert?

- (1) Die Stadt gewährt finanzielle Zuschüsse zur Stärkung innerstädtischen Wohnraums und zur Verbesserung des Wohnraumangebotes. Die Stadt fördert Renovierungs- und Sanierungsmaßnahmen derzeit nicht bewohnter Wohnungen sowie die Nutzungsänderung zur Schaffung von vermietbarem Wohnraum in Wohn- und/oder Geschäftshäusern im Geltungsbereich des Initiativförderprogramms.
- (2) Folgende Maßnahmen sind im Rahmen des Initiativförderprogramms vorrangig förderfähig:
  - Grundrissveränderungen, die den Wohnwert wesentlich steigern
  - Abbau von Barrieren
  - Austausch der Heizungsanlage und Heizkörper
  - Herstellung attraktiver Freisitze (Balkone- und (Dach-)Terrassen)
  - Austausch von Fenster und Türen
  - Erneuerung der Bodenbeläge und Decken
  - Umnutzung nicht mehr marktgängiger gewerblich genutzter Räume, sofern eine neue Wohneinheit entsteht und hierfür kein anderes Förderprogramm auf Bundes- oder Landesebene zur Verfügung steht. Sofern für diesen Zweck ein Förderprogramm auf übergeordneter Ebene in Anspruch genommen werden kann, ist dieses vorrangig zu nutzen.
  - Fassadenanstrich/-gestaltung, sofern daraus eine gestalterische Aufwertung resultiert
  - Herstellung von Gründächern und Grünfassaden
  - Dämmung der obersten Geschossdecke
  - Dämmung der Kellerdecke
- (3) Weitere, zuvor nicht gelistete Maßnahmen können als förderfähig anerkannt werden. Gefördert werden bauliche und planerische Maßnahmen, die dem Förderziel dienen und somit einen wesentlichen Beitrag zu mindestens einer der primären Zielsetzungen leisten. Die Entscheidung über die Förderfähigkeit obliegt der Modernisierungsberatung in Abstimmung mit der Stadt Hildesheim.

### 5.2.2 Fördervoraussetzungen – was ist zu beachten?

- (1) Den Zuschuss erhalten Eigentümer, die eine Wohnung wieder vermieten, die gemäß Ziffer 2 mindestens drei Monate leer stand, und durch bauliche Maßnahmen wieder in einen gut vermietbaren Zustand gebracht worden ist. Den Zuschuss erhalten auch Eigentümer, die die Nutzungsänderung einer Gewerbeeinheit anstreben, die zum Zeitpunkt der Antragstellung gemäß Ziffer 2 mindestens drei Monate leer stand und durch bauliche Maßnahmen zu einer abgeschlossenen und vollwertigen Wohnung umgebaut wird. Die Nutzungsänderung einer Gewerbeeinheit zu einer Wohneinheit wird nur gefördert, sofern hierfür kein anderes Förderprogramm auf Bundes- oder Landesebene zur Verfügung steht. Sollte ein solches auf übergeordneter Ebene in Anspruch genommen werden können, ist dieses vorrangig zu nutzen.
- (2) Die Eigentümer verpflichten sich, die Wohnung mindestens für fünfzehn Jahre (gemäß § 577a Absatz 2 BGB) zu Wohnzwecken zu vermieten und die Wohnung entsprechend baulich zu unterhalten.

- (3) Die mit dem Zuschuss gedeckten Kosten dürfen nicht auf die Mieter umgelegt werden.

#### 5.2.3 Art und Höhe der Förderung

- (1) Der Fördersatz beträgt maximal 25 Prozent der nachweisbaren, förderfähigen Kosten (inklusive Umsatzsteuer).
- (2) Planungs- und Nebenkosten, vornehmlich durch Kosten eines Baubegleiters, Architekten, Vermessungsingenieurs, Energieberaters oder Notars sowie durch Beiträge der Berufsgenossenschaft oder Gebühren für die Erteilung von Baugenehmigungen, Finanzierungsbestätigungen und Grundbucheintragungen werden mit 25 Prozent, bis max. 500 Euro, je Antragberechtigtem und Jahr (bezogen auf die Gesamtkosten der vorgesehenen förderfähigen Maßnahmen) bezuschusst. Voraussetzung für eine Förderung von Planungs- und Nebenkosten ist die Antragstellung für eine entsprechende Maßnahmenumsetzung.
- (3) Der Höchstzuschussbetrag liegt bei 30.000 Euro je Wohnung und ist auf max. 500 Euro pro m<sup>2</sup> gedeckelt. Weiterhin ist der Höchstzuschussbetrag auf 90.000 Euro je Gebäude und 150.000 Euro je Antragsteller begrenzt. Der Begriff Antragsteller ist hier im Sinne des wirtschaftlich Berechtigten zu verstehen. So gelten für die Beurteilung des Höchstzuschussbetrages bspw. Unternehmen, die zu einer Unternehmensgruppe gehören oder deren wirtschaftlich Berechtigte als Einzelpersonen ebenfalls die Förderung in Anspruch nehmen möchten, als ein Antragsteller.
- (4) Der Mindestzuschussbetrag liegt bei 500 Euro je Wohnung.

### 5.3 Zuschuss für Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindung / Anmietung

#### 5.3.1 Förderzweck – was wird gefördert?

- (1) Die Stadt gewährt Eigentümern einen finanziellen Zuschuss zur Sicherung preisgünstigen Wohnraums im Geltungsbereich nach Ziffer 3. Die Stadt Hildesheim gewährt diesen Zuschuss für das Eingehen von Mietpreis- und Belegungsbindungen zugunsten von Haushalten, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können.
- (2) Der Zuschuss dient dazu, wirtschaftliche Nachteile der Eigentümer zu kompensieren, die durch die Begrenzung des Mietpreises unterhalb der ortsüblichen Nettokaltmiete entstehen.
- (3) Eine erweiterte Fördermöglichkeit besteht für Eigentümer in der Kombination von Fördermitteln des Landes Niedersachsen mit den städtischen Mitteln dieser Förderrichtlinie. Dies bedeutet, dass Eigentümer zusätzlich zu der Förderung einer Mietpreis- und Belegungsbindung über die niedersächsische Förderbank ebenfalls aus städtischen Mitteln Geld erhalten kann, um der Stadt Hildesheim ein Benennungsrecht bei der Belegung ihrer geförderten Wohnung einzuräumen.

#### 5.3.2 Fördervoraussetzungen – was ist zu beachten?

- (1) Es kommen nur bisher ungebundene bzw. nicht mehr einer Sozialbindung unterliegende Wohnungen in Betracht.
- (2) Die Eigentümer verpflichten sich für die Dauer von fünf oder zehn Jahren, die durch diesen Zuschuss gebundene Wohnung nur an solche Personen zu vermieten, die

einen Wohnberechtigungsschein im Sinne des § 8 Niedersächsischem Wohnraum- und Wohnquartierförderungsgesetz (NWofG) vom 29. Oktober 2009 vorlegen, aus dem sich ergibt, dass der Haushalt die Einkommensgrenzen nicht überschreitet und die Wohnungsgröße angemessen ist. Die Einkommensgrenzen und angemessenen Wohnungsgrößen sind dem NWofG zu entnehmen. Zwischen den beiden obigen Bindungsdauern kann der Eigentümer frei wählen.

- (3) Die Eigentümer verpflichten sich, den Wohnraum für die Bindungsdauer zu einem Mietpreis von maximal 6,23 Euro/m<sup>2</sup> an Haushalte mit Wohnberechtigungsschein zu vermieten. Dieser Nettokaltmiete liegt der Hildesheimer Mietspiegel 2024 zugrunde. Eine Überprüfung der Maximalmiethöhe kann alle zwei Jahre erfolgen. Erhöht sich die ortsübliche Vergleichsmiete nach Mietspiegel um mehr als fünf Prozent, darf die Nettokaltmiete entsprechend angepasst werden.
- (4) Die Auswahl der Mieter innerhalb des Kreises der Wohnberechtigten erfolgt nach dem einfachen Belegungsrecht und obliegt den Eigentümern der Wohnung.
- (5) Nach Ziffer 5.3.1 Absatz 3 dieser Richtlinie kann sich die Stadt Benennungsrechte für Wohnungen einkaufen. Das bedeutet, dass die Stadt dem Eigentümer bis zu drei wohnberechtigte Wohnungssuchende aus ihrer Bewerberliste vorschlägt, von denen der Eigentümer eine Mietpartei auswählt. Kann die Stadt Hildesheim innerhalb von vierzehn Tagen keinen berechtigten Mieter vorschlagen, ist eine eigenverantwortliche Vermietung seitens des Verfügungsberechtigten an einen wohnberechtigten Haushalt möglich.
- (6) Alternativ besteht auf Wunsch der Eigentümer die Möglichkeit, dass die Stadt Hildesheim den preisgünstigen Wohnraum anmietet, um dort bedürftige Wohnungssuchende unterzubringen. Die Stadt Hildesheim schließt hierzu mit den Eigentümern einen regulären Mietvertrag ab.

#### 5.3.3 Art und Höhe der Förderung

- (1) Die Mietpreisbindung wird für die vereinbarte Bindungsdauer mit 1,20 Euro/m<sup>2</sup> im Monat bezuschusst. Bei Kleinraumwohnungen (< 40 m<sup>2</sup>) liegt der Zuschuss bei 2 €/m<sup>2</sup>.
- (2) Bei einer Laufzeit von zehn Jahren wird ein zusätzlicher Zuschuss von 20 Euro/m<sup>2</sup> pro Jahr gewährt.
- (3) Es wird auf volle Quadratmeterzahlen aufgerundet.
- (4) Die Förderung wird von der Stadt Hildesheim am Ende eines jeden Jahres ausgezahlt.
- (5) Beim Abschluss der kombinierten Förderung nach Ziffer 5.3.1 Absatz 3 gelten die Förderbedingungen der niedersächsischen Förderbank nach den Wohnraumförderbestimmungen des Landes Niedersachsen – Erwerb von Miet- und Belegungsbindungen im Mietwohnungsbestand.

## 6. Antragsberechtigte

- (1) Antragsberechtigt bei der Wiedervermietungsprämie und dem Ankauf einer Mietpreis- und Belegungsbindung sind alle Eigentümer von Wohnungen und Gebäuden, die sich innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs nach Ziffer 3 dieser Richtlinie befinden.

- (2) Antragsberechtigt für den Zuschuss für Sanierung und Nutzungsänderung aus dem Initiativförderprogramm sind Eigentümer mit einem Immobilien- bzw. Wohnungsbestand in Hildesheim von weniger als 100 Wohnungen im Hildesheimer Stadtgebiet (hier gilt die Definition von „Eigentümer“ analog zu der des „Antragstellers“ in 5.2.3 (3) dieser Richtlinie), deren Wohnung und Gebäude innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs nach Ziffer 3 dieser Richtlinie liegen. Angesprochen werden sollen Einzel- und Kleineigentümer, zum Beispiel Wohnungseigentümergeinschaften, Privatpersonen, Erbbauberechtigte und auch kleine Unternehmen bei der Zuschussgewährung berücksichtigt.
- (3) Nicht antragsberechtigt sind die Stadt und der Landkreis Hildesheim, das Land, der Bund und Organisationen ohne Erwerbszweck, sofern diese bereits andere kommunale Fördermittel erhalten oder die Stadt an diesen als Gesellschafter beteiligt ist.

## **7. Antragstellung**

Eine Antragstellung ist ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Initiativförderprogramms möglich.

### **7.1 Wiedervermietungsprämie**

- (1) Der Antrag auf eine Wiedervermietungsprämie ist innerhalb von drei Monaten nach Abschluss des Mietvertrages zu stellen. Zum Zeitpunkt der Antragstellung besteht ein nach Ziffer 5.1.2 Absatz 2 geschlossenes Mietverhältnis.
- (2) Mit der Gewährung der Wiedervermietungsprämie wird keine in der Zukunft liegende Maßnahme gefördert, sondern eine finanzielle Zuwendung für eine bereits erbrachte Leistung – die Wiedervermietung nach längerem Leerstand – gewährt. Der Abschluss des Mietvertrages stellt somit im Sinne dieser Richtlinie keinen vorzeitigen Maßnahmenbeginn nach Ziffer 1.3 VV zu § 44 der niedersächsischen Landeshaushaltsordnung LHO dar.

### **7.2 Zuschuss für Sanierung und Nutzungsänderung**

- (1) Der Antrag ist vor Maßnahmenbeginn einzureichen.
- (2) Als Maßnahmenbeginn gilt der Abschluss von Liefer- und Leistungsverträgen für die geplanten Bauleistungen, die auf die Erreichung des Förderzwecks gerichtet sind oder hiermit in Verbindung stehen. Die Einholung von Kostenvoranschlägen, Planungs- und Beratungsleistungen und damit in Zusammenhang stehende Vereinbarungen vor Antragstellung sind unschädlich. Ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn kann beantragt werden. Dieser bedarf der Genehmigung durch die Stadt Hildesheim in Abstimmung mit der Modernisierungsberatung. Aus der Zustimmung zu einem vorzeitigen Maßnahmenbeginn ergibt sich kein Anspruch auf Zuschussbewilligung.

### **7.3 Zuschuss für Ankauf einer Mietpreis- und Belegungsbindung**

- (1) Der Antrag ist vor der Wiedervermietung der Wohnung einzureichen, für die eine Mietpreis- und Belegungsbindung eingeräumt werden soll.

Für die Antragstellung müssen die veröffentlichten Antragsformulare verwendet, vollständig ausgefüllt und unterschrieben werden sowie die erforderlichen Unterlagen beigefügt sein. Die Antragsformulare sowie weitere Unterlagen und konkrete Ansprechpartner sind der städtischen Homepage zu entnehmen.

Der Antrag ist schriftlich einzureichen bei:

Stadt Hildesheim  
Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung  
Markt 3  
31134 Hildesheim

## 8. Bewilligungsvoraussetzungen

- (1) Das Gebäude muss über zehn Jahre alt sein.
- (2) Nicht gefördert werden Sammelunterkünfte und Einzelzimmer in Wohngemeinschaften
- (3) Die Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) in seiner jeweils gültigen Fassung werden eingehalten oder es wurde eine Ausnahme bescheinigt.
- (4) Planungen im Außenraum/ Fassade, die durch Zuschüsse aus dem Modul Sanierung und Nutzungsänderung gefördert werden, sind mit der Modernisierungsberatung abzustimmen
- (5) Die Ausführung erfolgt durch Fachfirmen. Im begründeten Einzelfall kann der Antragsteller eine Ausführung in Eigenleistungen beantragen. Den Antragsstellern kommt dabei eine Nachweispflicht (z.B. durch Fotos, Rechnungen) zu. Die Entscheidung und Abstimmung auch zur Höhe obliegt der Modernisierungsberatung in Zusammenarbeit mit der Stadt Hildesheim. Die Ziffer 3 der ANBest-P findet für die Vergabe von Aufträgen keine Anwendung.
- (6) Geförderte Maßnahmen müssen instandgehalten werden.
- (7) Ausschlussgründe für die Förderung können insbesondere sein:
  - Der zu fördernde Wohnraum erfüllt nicht die Voraussetzungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse
  - Einsatz nicht zugelassener und/ oder bedenklicher Materialien bei der Modernisierung oder Umbau
  - Planungs-, bau- oder denkmalschutzrechtliche Bedenken

## 9. Bewilligungsverfahren

- (1) Die Bewilligung der Anträge erfolgt in der Reihenfolge ihres Eingangs. Als Eingangsdatum gilt das Datum des Eingangsstempels der Stadt Hildesheim. Die Bewilligung wird den Antragsstellenden schriftlich mitgeteilt und kann nur dann erfolgen, wenn der Antrag vollständig und bewilligungsreif ist.
- (2) Die Fördermittel können nur im Rahmen der im städtischen Haushalt bereitgestellten Haushaltsmittel vergeben werden. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht. Den Antragstellern steht bei der Prüfung der Bewilligungsvoraussetzungen im Rahmen der bereit gestellten Haushaltsmittel lediglich ein Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung zu.
- (3) Der Antrag auf Zuschuss für Sanierung und Nutzungsänderung wird durch die Modernisierungsberatung geprüft, bei Bedarf auch in Rücksprache mit der Stadt Hildesheim bzw. im Falle der Inanspruchnahme einer erweiterten Förderung (Miet- und Belegungsbindung) in enger Abstimmung mit der Stadt Hildesheim.
- (4) Bei positivem Prüfergebnis wird ein Förderbescheid erteilt, in dem Maßnahmen und eventuelle Auflagen genau beschrieben und die Höhe der Förderung festgesetzt sind. Eine nachträgliche

Erhöhung der Förderung ist ausgeschlossen. Zum Gegenstand des Förderbescheids werden die vom Antragsteller eingereichten Unterlagen sowie die Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P) des Landes Niedersachsen in ihrer jeweils geltenden Fassung. Die vorbezeichneten Unterlagen werden dem Förderbescheid beigelegt.

- (5) Die im Bescheid über den Zuschuss für Sanierung und Nutzungsänderung dargelegten Maßnahmen sind in der Regel innerhalb von 12 Monaten umzusetzen.
- (6) Soweit es sich um investive Haushaltsmittel handelt, dürfen diese ausschließlich für investive Zwecke beantragt und verwendet werden.
- (7) Bei Anschaffungen von beweglichen Vermögensgegenständen muss die jeweils geltende Wertgrenze gem. § 47 Abs. 5 S. 1 KomHKVO überschritten sein (derzeit 1.000 € ohne Umsatzsteuer), um die Ausgabe als investive Maßnahme berücksichtigen zu können.

## **10. Auszahlung und Verwendungsnachweis**

### **10.1 Wiedervermietungsprämie**

- (1) Die Wiedervermietungsprämie wird nach Ablauf eines Jahres ab dem Mietbeginn an den Eigentümer ausgezahlt.
- (2) Voraussetzung für die Auszahlung ist die Vorlage des Verwendungsnachweises bei der Stadt Hildesheim, worin der Eigentümer bestätigt, dass der Wohnraum vermietet ist. Damit beantragt der Eigentümer gleichzeitig die Auszahlung der Förderung.

### **10.2 Zuschuss für Sanierung und Nutzungsänderung**

- (1) Die bewilligte Förderung wird grundsätzlich auf Antrag der Eigentümer nach Vorlage des Verwendungsnachweises bei der Stadt Hildesheim ausgezahlt. In Abstimmung mit der eingesetzten Modernisierungsberatung kann die Auszahlung ganz oder teilweise auch auf der Grundlage eines Zwischenverwendungsnachweises erfolgen.
- (2) Der Eigentümer legt der Stadt Hildesheim einen Nachweis über die Verwendung der Fördermittel vor. Ziffer 6 der ANBest-P gilt hierzu entsprechend. Die Stadt Hildesheim prüft den vorgelegten Verwendungsnachweis. Ziffer 7 der ANBest-P gilt hierzu entsprechend.

### **10.3 Zuschuss für Ankauf einer Mietpreis- und Belegungsbindung**

- (1) Die Förderung wird von der Stadt Hildesheim am Ende eines jeden Jahres ausgezahlt.
- (2) Der Eigentümer erbringt jährlich den Nachweis, dass der Wohnraum an Haushalte mit Wohnberechtigungsschein vermietet ist (Verwendungsnachweis).

## **11. Überprüfung und Rückforderung**

- (1) Die Stadt Hildesheim ist dazu berechtigt, die Einhaltung der Förder- und Bewilligungsvoraussetzungen dieser Richtlinie, insbesondere die Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen und auch die Verpflichtung zur Vermietung, zu überprüfen.
- (2) Werden bei der Überprüfung nach Ziffer 1 von der Stadt Hildesheim Verstöße festgestellt, so ist diese dazu berechtigt, erteilte Bescheide ganz oder teilweise zurückzunehmen oder zu

widerrufen und entsprechend Ziffer 8 der ANBest-P bereits gewährte Zuwendungen und Zuschüsse zurückzufordern.

## **12. Kumulation von Förderprogrammen**

- (1) Eine Kombination des Zuschusses für Sanierung und Nutzungsänderung mit anderen Förderprogrammen für die Modernisierung, den Ausbau oder die Sanierung von Wohnungen ist möglich, wenn diese es zulassen und maximal 50 Prozent der Gesamtkosten der vorgesehenen förderfähigen Maßnahmen mit öffentlichen Mitteln finanziert werden. Einzubeziehen sind alle Arten von Förderungen öffentlicher Fördergeber im Sinne nicht zurückzuführender Geldleistungen. Im Antrag ist anzugeben, ob die Inanspruchnahme anderer öffentlicher Fördermittel vorgesehen ist. Es gelten die Förderbedingungen zum Zeitpunkt der Antragsstellung.
- (2) Eine Kombination des Zuschusses für den Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen mit dem niedersächsischen Landesprogramm zum Erwerb von Belegungs- und Mietpreisbindungen ist möglich.

## **13. Inkrafttreten / Laufzeit**

Diese Richtlinie tritt mit Bekanntmachung im Amtsblatt in Kraft. Die Laufzeit beträgt 36 Monate ab der Bekanntmachung.

Inkrafttreten: 18.03.2026  
Außerkräfttreten: 17.03.2029

Anlage: Geltungsbereich des Initiativförderprogramms „Aktivierung Wohnraumleerstand in Hildesheim

